(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Dr. Ilja Seifert das Wort.

**Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Kollege Schiewerling, Sie haben so getan, als wäre bei der Rente alles wunderbar. Sie haben gesagt, Vorsorge und Gerechtigkeit seien angesagt. Jetzt sagen Sie mir bitte einmal: Wie soll jemand, der eine DDR-Rente bekommt, noch vorsorgen, und wie wollen Sie begründen, dass es unterschiedliche Rentenwerte in Ost und West gibt? Wie soll jemand, der Erwerbsminderungsrente bekommt, vorsorgen? Wo sorgen Sie da für Gerechtigkeit? Wo wird da irgendetwas für diejenigen getan, von denen wir geredet haben? Das sind nur zwei Punkte aus unseren Anträgen, die ich herausgehoben habe.

Sie tun so, als ob wir hier den Himmel buntmalen würden. Wir wollen nur Gerechtigkeit, und zwar für diejenigen, die sie selber nicht herstellen können. Warum verweigern Sie sich dem? Sagen Sie mir das bitte.

(Beifall bei der LINKEN – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Sie wollen Ungerechtigkeit! – Gegenruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie wollen Ungerechtigkeit! – Gegenruf des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Was ihr wollt an neuer Ungerechtigkeit, ist unglaublich!)

(B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Schiewerling, zur Erwiderung bitte.

**Karl Schiewerling** (CDU/CSU):

Herr Kollege Seifert, für diejenigen, die heute schon in der Rente sind – dazu gehören auch die Erwerbsminderungsrentner –, gilt das, was wir hier diskutieren, nicht. Für sie gilt auch nicht das, was Sie in Ihren Anträgen fordern. Vielmehr geht es um die Gestaltung der Zukunft. Wir haben ja ein Rentenrecht.

Für die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die trotz des 1992 in Kraft getretenen Rentenüberleitungsgesetzes mit ihrer Rente nicht auskommen, haben wir die Grundsicherung im Alter eingeführt. Ich halte das für einen wichtigen sozialen Gesichtspunkt.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Wir haben das eingeführt!)

– Das deutsche Parlament hat das eingeführt, Frau Kollegin Hagedorn. Vielleicht können wir uns darauf verständigen.

Übrigens wird die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab 2014 komplett vom Bund getragen und nicht mehr von den Kommunen. Das wiederum haben wir eingeführt, und damit haben wir die Kommunen entlastet.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das haben wir mit Ihnen beschlossen!)

Wir haben also im Prinzip eine solche Grundsicherung. Bei dem, was wir diskutieren, geht es um die Frage: Was machen wir für die zukünftigen Rentner? Es geht darum, hier für gerechte und für vernünftige Strukturen zu sorgen. Wir sind dabei, dies entsprechend zu gestalten. (C)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt hat das Wort die Kollegin Bettina Hagedorn von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Bettina Hagedorn** (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir diskutieren über neun Anträge von den Linken unter dem Überbegriff „Rentenrecht“.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wir hatten schon bis zu 17! Das ist moderat heute!)

Es ist durchaus ein bisschen ungewöhnlich, dass dazu neun Anträge zeitgleich debattiert werden, zumal wir über einzelne Anträge namentlich abstimmen werden. Ich werde das Gefühl nicht los: Ein bisschen Show ist dabei.

(Widerspruch des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

„Rente“ ist wirklich ein megawichtiges Thema für alle Menschen in unserem Land. Es gehört sich einfach, dass wir es mit der gebotenen Ernsthaftigkeit diskutieren. Darum möchte ich nur den formalen Hinweis geben, dass mir Ihr Vorgehen sauer aufgestoßen ist. Im Grunde ist es so – das ist von Kollegen schon gesagt worden –, dass Ihre Problemanalyse in weiten Teilen dieses Hauses sehr wohl geteilt wird. Das hat sogar die Ministerin gesagt; das hat der Kollege der Grünen gesagt; das will ich Ihnen ebenfalls bestätigen. Aber die Problemanalyse ist das eine, und die Antworten darauf sind das andere. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An zwei Punkten werden wir uns nachher enthalten: bei der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und bei der Rente nach Mindestentgeltpunkten. Dort muss zwar richtigerweise etwas getan werden, wir können Ihren Vorschlägen aber nicht zustimmen und enthalten uns deshalb, weil wir bessere Vorschläge haben. Sie sind Bestandteil des Rentenkonzepts der SPD, das wir im November einstimmig beschlossen haben.

Es geht an dieser Stelle vor allen Dingen um die Politik der Regierung. Der Kollege Schiewerling hat vorhin gefragt: Was werfen Sie uns eigentlich vor? Zur Beantwortung dieser Frage will ich meinen Beitrag leisten. Darum zitiere ich aus Ihrem Koalitionsvertrag:

> Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch einen Anspruch auf eine gute Rente.

Sie sagten: Eine Regierungskommission sollte Lösungen erarbeiten. – Aber diese Regierungskommission kam nie zustande. Was taten Sie stattdessen gleich im ersten Jahr,

**Bettina Hagedorn**

(A) in dem Sie gemeinsam regierten? Sie strichen unter anderem mit Ihrem sogenannten Sparpaket ersatzlos den Rentenbeitrag für die Langzeitarbeitslosen in diesem Land.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: An der Front ist die SPD aber nicht unschuldig!)

Das war eine Kürzung von 1,85 Milliarden Euro pro Jahr. In Wahrheit sparten Sie gar nichts. Das war nämlich „linke Tasche, rechte Tasche“. Die Beiträge für die Langzeitarbeitslosen wurden nicht mehr bezahlt. Dadurch wurde der Haushalt von Herrn Schäuble geschönt. In Wahrheit fehlte das Geld natürlich in der Rentenkasse.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Die SPD hat das vorgemacht!)

Summa summarum bedeutet das, dass Sie von 2011 bis 2016 mit diesem Manöver der Rentenkasse 19,5 Milliarden Euro entnommen haben.

(Otto Fricke [FDP]: Entnommen?)

Wie ging es weiter? – Frau Ministerin, Sie sind ja großartig darin, etwas anzukündigen. Das Problem ist aber, dass dann nichts kommt. – Dann brachten Sie einen Rentendialog auf den Weg, der ein Jahr lang dauerte. Sie haben mit vielen Experten gesprochen und Hochglanzbroschüren herausgegeben. Dadurch haben Sie den Anschein von Aktivität erweckt.

In Wahrheit ist dieser Rentendialog aber zu keinem wirklichen Ergebnis gekommen. Das, was Sie nachher (B) vorschlugen, war Ihre Zuschussrente. Ihre Zuschussrente ist nicht nur von Ihren eigenen Leuten zerrissen worden, sondern von allen, übrigens auch von denjenigen, die an diesem Rentendialog beteiligt waren. Die Zuschussrente kam natürlich nicht. Im Übrigen war sie eine Fehlgeburt, weil Sie eine sozialpolitische Leistung über Beiträge finanzieren wollten. Das war schon einmal falsch.

Was kam als Nächstes? Als Nächstes kam die Lebensleistungsrente. Damit werden wir seit dem Herbst beschäftigt. Das Problem dabei ist zum einen, dass die Lebensleistungsrente ein falscher Vorschlag ist, weil damit so getan wird, als würde sie eine Lebensleistung belohnen. In Wahrheit tut sie das aber gar nicht, weil sie eine lächerliche Erhöhung von 10 bis 15 Euro im Monat dafür darstellt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass die Menschen 40 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und zusätzlich privat vorgesorgt haben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ihre Solidarrente ist auch nicht höher!)

Das Problem ist aber zum anderen: Wo ist eigentlich die Vorlage dazu? Das sind alles persönliche Vorschläge der Ministerin – die zurzeit leider nicht zuhört. In dieser Koalition besteht aber keine Einigkeit in diesem Punkt. Darum kennen wir diesen Vorschlag bisher nur aus Ihrem Mund. Er liegt nicht auf dem Tisch der zuständigen Ausschüsse. Unsere Trauer hält sich natürlich in Grenzen, weil wir diesem Vorschlag sowieso nicht zustimmen würden. (C)

Frau Ministerin, Fakt ist, dass Sie den ganzen letzten Sommer hindurch von Talkshow zu Talkshow getingelt sind und überall über das Thema Altersarmut gesprochen haben. Sie sind sogar in diesem Parlament – und auch von mir persönlich – dafür gelobt worden, dass Sie ein wirklich wichtiges Thema auf die Tagesordnung gebracht haben. Das war gut. Frau Ministerin, es ist doch aber nicht Ihre Aufgabe als Arbeits- und Sozialministerin, Probleme zu benennen

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Aufzudecken!)

oder Analysen anzustellen, sondern Ihre Aufgabe ist es doch, Vorschläge zur Lösung der Probleme auf den Tisch zu legen. Darauf warten wir bis heute.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Darüber hinaus haben Sie bei den Haushaltsberatungen 2013 ein weiteres Mal in unnachahmlicher Weise in die Rentenkasse gegriffen. Zum einen haben Sie den Vorwegabzug um 1 Milliarde Euro im Jahr 2013 und um 1,25 Milliarden Euro in den Folgejahren gekürzt. Damit hat Herr Schäuble seinen Entwurf schöngerechnet. Das sind 4,75 Milliarden Euro – so steht es in Ihren Unterlagen –, die Sie angeblich konsolidiert haben – zulasten der Rentenkasse. Zum anderen haben Sie durch die Absenkung des Beitrags von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent beim Bundeshaushalt gekürzt. (D)

(Otto Fricke [FDP]: War das falsch? – Gegenruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sicher war das falsch!)

– Es wäre schön, wenn ich ausreden dürfte.

Sie haben es aber versäumt – das ist in diesem Land breit diskutiert worden –, die Chance zu nutzen, eine wirklich demografiefeste Reserve aufzubauen. Dazu lagen Ihnen Vorschläge aus diesem Haus und auch aus dem Bereich der Sozialpartner vor. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das wäre natürlich der bessere Weg gewesen. Wir reden über Generationengerechtigkeit. Wir reden darüber, was zusätzlich geschehen muss. Ich weise gemeinsam mit den Kollegen von den Grünen ausdrücklich auf unser Konzept hin. Wenn wir zu Verbesserungen kommen wollen – und das wollen wir –, dann kostet das natürlich Geld.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Also nicht Vorsorge aufbauen, sondern mehr ausgeben!)

Wir wollen in Zukunft keine unverantwortlichen Sprünge, sondern eine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rente. Wir wollen eine Stärkung der Betriebsrenten, die ein wichtiger ergänzender Beitrag sind. Auch Riester ist ein wichtiger Teil; auch da machen wir kein komplettes Rollback.

Richtig ist aber auch, dass man nicht alles, was man mal gemacht hat, immer weiterführen muss. Wenn man hinterher erkennt, dass es Fehler gegeben hat, dann muss

**Bettina Hagedorn**

(A) man auch den Mut haben, diese im Detail zu korrigieren. Dazu stehen wir.

Alles drei zusammengebunden ergibt eine gute Zukunftssicherung. Dafür steht die SPD. Wir werden ab Herbst versuchen, das gemeinsam mit Koalitionspartnern umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Pascal Kober.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Pascal Kober** (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will niemandem zu nahe treten, aber ich bin heute der jüngste Redner in dieser Debatte.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Jünger als der Max Straubinger? – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich freue mich über alle älteren Kollegen, die in dieser Debatte das Thema Generationengerechtigkeit explizit angesprochen haben; denn darum geht es letztlich. Rentenpolitik bedeutet immer, mit Maß, langfristigem Denken und vorausschauendem Handeln an die Dinge heranzugehen. Die kleinen Veränderungen im Rentenversicherungssystem, in der Alterssicherung, die wir heute beschließen, treffen in vollem Umfang sowohl im Positiven als auch im Negativen die künftigen Generationen, Generationen, die heute noch gar nicht auf der Welt sind. Wir müssen heute so vorausschauend handeln, dass wir diese Generationen im Blick haben. (B)

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Haben Sie aber nicht! – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Deswegen machen Sie nichts?)

In einer rentenpolitischen Debatte ist es angebracht, dass man auf die Wurzeln des Systems zu sprechen kommt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Gute Idee!)

Das haben einige Redner der Koalition schon überzeugend getan;

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Eher weniger!)

denn die Wurzeln des Rentenversicherungssystems sind vor allen Dingen eine gute wirtschaftliche Entwicklung und zahlreiche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In der Frage der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist diese Regierungskoalition erfolgreicher, als es viele Regierungskoalitionen vor ihr gewesen sind.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Auch wenn Sie es immer wieder wiederholen: Es ist nicht wahr!) (C)

Wir haben im Moment so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, wie es nach der Wiedervereinigung lange nicht der Fall war.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die jungen Leute sind nur noch befristet beschäftigt!)

Wir haben insgesamt so viele Beschäftigte in Deutschland wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, um die Wurzeln des Rentenversicherungssystems zu stabilisieren.

Genau deshalb, aus Überzeugung, haben wir, so wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, unter anderem die Rentenversicherungsbeiträge zum 1. Januar 2013 von 19,6 auf 18,9 Prozent abgesenkt. Warum? Weil das gemeinsam für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer eine Entlastung von 6 Milliarden Euro bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Es wird damit eine wirtschaftliche Dynamik entfacht, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen und am Ende die wirtschaftliche Stabilität in unserem Land voranzubringen, zu erhalten und weiter auszubauen. Das ist, wie gesagt, die wichtigste Wurzel unseres Alterssicherungssystems.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** (D)

Herr Kollege Kober, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gysi?

**Pascal Kober** (FDP):

Sehr gerne.

**Dr. Gregor Gysi** (DIE LINKE):

Lieber Herr Kober, Sie sprechen von der jüngeren Generation. Die Festlegungen, die wir heute treffen, gelten doch auch für diese jüngere Generation, wenn sie im Rentenalter ist. Was wir also heute mit Blick auf diese Generation versäumen, wird ihr später fehlen. – Das ist das eine.

Das Zweite. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der überwiegende Teil der prekären Beschäftigung bei den jungen Leuten stattfindet? Ich nenne Ihnen nur eine Zahl: Von allen Menschen bis 35 Jahre haben 55 Prozent nur noch ein befristetes Arbeitsverhältnis und kein unbefristetes. Dann haben sie mal wieder kein Arbeitsverhältnis. Das heißt, die ganze Erwerbsbiografie ist durchbrochen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Bei Ihren Zahlen sind doch die Auszubildenden dabei!)

Wenn wir gerade bei der jungen Generation nichts ändern, dann wird sie später in Altersarmut enden. Das ist das Problem, das wir anschneiden wollten und worüber wir ganz sachlich miteinander diskutieren müssen,